



Dr. Erhard Fürst

Erhard Fürst wurde 1942 in Wien geboren. Nach Abschluss des Jusstudiums an der Universität Wien folgte ein Post-Graduate-Ökonomie-Studium am Institut für Höhere Studien (IHS). Nach jeweils zweijähriger Tätigkeit beim Internationalen Währungsfonds und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung kehrte Dr. Fürst an das Institut für Höhere Studien als beigeordneter Direktor (1973-1983) zurück. Anschließend war er für nahezu zehn Jahre Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Creditanstalt in Wien. Seit 1993 Bereichsleiter für Industriepolitik & Ökonomie der Industriellenvereinigung und seit Jänner 2004 Geschäftsführer von Austria perspektiv – Ein Institut der Österreichischen Wirtschaft.

Anschrift

Dr. Erhard Fürst
Austria perspektiv –
Ein Institut der Österreichischen Wirtschaft

Wiedner Hauptstraße 73
1040 Wien

Chancen und Risiken der wirtschaftlichen Globalisierung

1. Globalisierung – die ökonomische Sicht

Es gibt kaum ein Thema der öffentlichen Diskussion in den wesentlichen Industriestaaten, das mehr Emotionen und Aggressionen – zum Teil sogar physische – weckt, als die Globalisierung. Und es gibt kaum eine öffentliche Diskussion, bei der Fakten und ökonomische Gesetzmäßigkeiten so vernachlässigt werden, wie bei jener über Globalisierung. Und schließlich gibt es kaum eine öffentliche Diskussion, in der das eigentliche Diskussionsthema so wenig bestimmt ist, wie in der Globalisierungsdiskussion. Worin sich die Globalisierungsdiskussion allerdings nicht von anderen Diskursen unterscheidet, ist die „Beweisführung“ an Hand von Einzelbeispielen ohne Bezug auf deren Generalisierbarkeit. Damit ist die „Unerschöpflichkeit“ des Themas gesichert.

Am Prozess der Globalisierung ändern die Diskussionen wenig, er schreitet zügig fort. Dennoch sollte man sich davor hüten, von der „Unumkehrbarkeit“ des Prozesses zu sprechen. Dazu gibt es in der Geschichte zu viele Gegenbeispiele, das vorletzte war die Periode zwischen den beiden Weltkriegen, das letzte der real existierende Kommunismus. Eines scheint allerdings festzustehen: die ökonomischen Kosten eines Rückfalls in kleinräumige Abschottung sind enorm.

Der Globalisierungsprozess hat viele Dimensionen, eine ökonomische, die im Vordergrund der Diskussion steht, eine soziale, kulturelle, technologische, politische, mentale. Dieser Beitrag beschränkt sich im Wesentlichen auf die wirtschaftlichen Aspekte.

Ökonomische Globalisierung kann als Prozess des Abbaus nationaler Schranken für wirtschaftliche Tätigkeit definiert werden. Sie ist die schrittweise Verwirklichung der vier großen wirtschaftlichen Freiheiten auf globaler Ebene: des freien Verkehrs von Gütern, Dienstleistungen, Personen und Kapital. Es geht um die Herstellung binnenmarktähnlicher Bedingungen für die Weltwirtschaft.

Echte Globalisierung setzt eine marktwirtschaftliche – Kritiker sprechen von einer kapitalistischen – Wirtschaftsverfassung voraus. Ein Teil des Kampfes gegen Globalisierung ist daher auch ein Kampf gegen die Dominanz marktwirtschaftlicher Prinzipien und für einen starken interventionistischen Staat.

A propos starker Staat: auch eine Marktwirtschaft bedarf eines starken Staates, aber eines Staates, der sich nicht selbst in die Wirtschaft als Unternehmer involviert, der nicht den Unternehmenserfolg durch Subventionen beeinflusst, der nicht den notwendigen Strukturwandel durch Schutzmaßnahmen gegen ausländische Konkurrenz verzögert oder verhindert, sondern der die für das nachhaltige Funktionieren des Marktes notwendigen Rahmen-

Globalisierungsdiskussion: das eigentliche Diskussionsthema ist wenig bestimmt

Ökonomische Kosten eines Rückfalls in kleinräumige Abschottung sind enorm

Abbau nationaler Schranken für wirtschaftliche Tätigkeit

Auch eine Marktwirtschaft bedarf eines starken Staates

bedingungen setzt und durchsetzt: Rechtssicherheit, Wettbewerb, Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Komponente im marktwirtschaftlichen Prozess.

*Internationale
Vereinbarungen und
Organisationen*

Damit rühren wir an ein Grundproblem der Globalisierung. Den im Sinne des eben Gesagten starken Staat gibt es auf globaler Ebene nicht bzw. nur ansatzweise in Form internationaler Vereinbarungen oder Organisationen (WTO, IMF, IBRD, ILO, OECD, u.s.w.). Diese müssen daher im Sinne einer verbesserten „global governance“ gestärkt und ausgebaut werden. Über diese Grundsatzforderung sollte Übereinstimmung bestehen, am „wie“ scheiden sich naturgemäß die Geister.

*Verwirklichung der
vier wirtschaftlichen
Freiheiten*

Kommen wir zurück auf die ökonomische Globalisierung im Sinne der Verwirklichung der vier wirtschaftlichen Freiheiten. Als Vorreiter des Globalisierungsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg fungierte der Außenhandel mit Gütern. Grob gesprochen ist der Außenhandel etwa doppelt so rasch gewachsen wie die Produktion in Form des Brutto-Inlandsprodukts. Handelsschranken wurden sukzessive durch Zollsenkungenrunden und den Abbau sonstiger (nichttarifärer) Hemmnisse beseitigt. Immer größere Teile der nationalen Wirtschaften wurden der internationalen Konkurrenz ausgesetzt: Die Exportwirtschaft musste auf den Auslandsmärkten konkurrieren, die produzierende Wirtschaft insgesamt musste sich der zunehmenden Importkonkurrenz stellen.

*Portfolioinvestitionen
nutzen - zum
Teil sehr kurzfristige
- Renditechancen im
Ausland*

In den 80er- und 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurden die Beschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs nach und nach abgebaut. Dabei ist zwischen der Liberalisierung der grenzüberschreitenden Portfolioinvestitionen (Veranlagungen in ausländischen Aktien und sonstigen Wertpapieren) und Direktinvestitionen (durch den Kauf ausländischer Unternehmen oder die Errichtung von Unternehmen im Ausland) zu unterscheiden.

*Direktinvestitionen
werden von der
Attraktivität des
ausländischen
Wirtschaftsstand-
ortes bestimmt*

Portfolioinvestitionen nützen – zum Teil sehr kurzfristige – Renditechancen im Ausland und sind ihrer Natur nach volatil als Direktinvestitionen. Sie üben auf die Empfängerländer Druck auf attraktive gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, wie Zinssätze, Wechselkurse und Wachstumschancen aus.

Direktinvestitionen sind längerfristig orientiert und werden von der Attraktivität des ausländischen Wirtschaftsstandortes bestimmt; dabei dominieren Faktoren, wie Rechtssicherheit, Arbeitskosten, das Steuersystem, die Größe des Marktes und seine Wachstumsperspektiven, etc. Waren früher ausländische Direktinvestitionen im Wesentlichen auf eine relativ kleine Zahl großer multinationaler Unternehmen beschränkt, betreffen sie heute nahezu alle, auch kleinere und mittlere Unternehmen, die nicht nur für einen lokalen Markt produzieren. Auch einer kleinen österreichischen Tischlerei ist es möglich, einen Betrieb im benachbarten Tschechien oder in Ungarn zu eröffnen. Soweit solche Direktinvestitionen im Ausland mit Produktionsverlagerungen ins Ausland verbunden sind, sind sie Ergebnis der sogenannten internationalen Standortkonkurrenz und üben Druck auf die Schaffung attraktiver Standortbedingungen im Inland aus. Dieselbe Wirkung

hat ein Rückgang ausländischer Direktinvestitionen im Inland als Folge ungenügender Standortattraktivität.

Damit wird die Globalisierung zu einem Phänomen, das für den Einzelnen unmittelbar fühlbar und erlebbar wird. Es ist Lohnzurückhaltung notwendig, andernfalls werden Arbeitsplätze in das Ausland verlagert bzw. versiegen ausländische Direktinvestitionen; aus denselben Gründen müssen Unternehmenssteuern gesenkt werden; der öffentliche Sektor und insbesondere die öffentliche Verwaltung werden zu einem wichtigen Standortfaktor und müssen reformiert werden und effizienter arbeiten; bisher geschützte Sektoren, wie Post, Telekom, kommunale Dienstleistungen werden – vielfach auf Grund von EU-Vorgaben – liberalisiert und zunehmend der internationalen Konkurrenz ausgesetzt.

Tatsächlich hinkt die internationale Öffnung des Dienstleistungssektors – von Ausnahmen wie z.B. Tourismus und teilweise Finanzwirtschaft abgesehen – jener des Güterhandels und des Kapitalverkehrs nach. Die laufenden GATS-Verhandlungen (General Agreement in Trade of Services) im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO und der Entwurf zu einer EU-Dienstleistungsrichtlinie sollen einen neuen Liberalisierungsschub in diesem Bereich einleiten.

Am wenigsten weit ist die Globalisierung im Bereich der Personenfreizügigkeit entwickelt, ausgenommen regionale Integrationsräume, wie die EU. Daran wird sich langfristig kaum etwas ändern, da angesichts der erheblichen Unterschiede im Wohlstandsniveau und in den relativen Bevölkerungszahlen zwischen den alten Industrieländern Europas und Amerikas und dem Rest der Welt eine weitgehende Liberalisierung der Immigration dramatische Auswirkungen hätte und politisch nicht akzeptiert würde. Dennoch werden die Wanderungsströme in die wohlhabenden Regionen – nicht zuletzt auf Grund der dortigen demographischen Entwicklung – weiter zunehmen.

Seit Mitte der 80er-Jahre, also in knapp 20 Jahren, haben sich die weltweiten Exporte nominell nahezu vervierfacht, die Direktinvestitionsbestände versiebenfacht und die jährlichen Zuflüsse an ausländischem privatem Kapital mehr als verelffacht.

Diese hohe Dynamik des Globalisierungsprozesses hängt eng mit dem Zusammenbruch des Kommunismus zusammen, wodurch ein Großteil Mittel- und Osteuropas einschließlich der ehemaligen Sowjetunion zu einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung fanden bzw. zurückfanden und sich voll in die Weltwirtschaft integrierten, mit den Wirtschaftsreformen und der Marktöffnung Chinas seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sowie mit einer starken Außenorientierung Indiens seit den 90er-Jahren. Weiters wurden in den 80er Jahren auch in zahlreichen westlichen Industriestaaten bestehende Kapitalverkehrsbeschränkungen abgebaut.

Eine weitere Triebkraft der Globalisierung war die rasante Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien. Sie gestattete den zeitgleichen weltweiten Handel mit

Globalisierung: ein Phänomen, das für den Einzelnen unmittelbar fühlbar wird

Internationale Öffnung des Dienstleistungssektors hinkt nach

Weitgehende Liberalisierung der Immigration hätte dramatische Auswirkungen

Hohe Dynamik des Globalisierungsprozesses

Zusammenbruch des Kommunismus

Rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien

Finanzwerten, ermöglichte die Verlagerung bestimmter Dienstleistungen in Niedrigkostenländer (Call Centers, Buchungssysteme, Softwareprogrammierung u.s.w.) und erlaubte Unternehmen eine Real-Time-Steuerung und -kontrolle ihrer grenzüberschreitenden bzw. globalen Aktivitäten.

2. Wirtschaftliche Vorteile der Globalisierung

Wirtschaftlich abgeschottete Länder haben weniger Wachstum

Aus ökonomischer Sicht ist eine integrierte Weltwirtschaft ohne innere Grenzen der optimale Zustand im Sinne der Wohlstandsmaximierung, natürlich unter den Annahmen voller Mobilität der Produktionsfaktoren, vollständiger Konkurrenz u.s.w. Beschränkungen der Mobilität der Produktionsfaktoren und des Handels mit Gütern und Dienstleistungen führen zu Wohlstandsverlusten. Empirisch lässt sich belegen, dass Länder, die sich wirtschaftlich abgeschottet haben, im Vergleich zu offenen Volkswirtschaften langsamer gewachsen oder sogar geschrumpft sind. Ein extremes Beispiel dafür war Rumänien unter Ceaucescu.

Grenzüberschreiten des Wirtschaftens: alle beteiligten Länder profitieren

Das bedeutet umgekehrt, dass der Abbau von nationalen Grenzen für wirtschaftliche Tätigkeit wohlstandsfördernd wirkt. Ganz besonders zu betonen ist, dass grenzüberschreitendes Wirtschaften kein Nullsummenspiel darstellt, bei dem ein Land verliert, was das andere gewinnt, sondern dass alle beteiligten Länder profitieren können.

Beschleunigung der Innovation

Die wesentlichen Gründe für die positiven Wirkungen der Globalisierung sind folgende: Globalisierung ermöglicht den Einsatz der Produktionsfaktoren dort, wo sie die höchste Produktivität entfalten und den höchsten Ertrag abwerfen. Die Globalisierung ermöglicht größere Produktions- und Forschungseinheiten und damit die Nutzung von Skalenerträgen, d.h. sinkender Stückkosten. Globalisierung erhöht die Wettbewerbsintensität und bewirkt damit einen Abbau von Ineffizienzen und die Beschleunigung des technisch-organisatorischen Fortschritts und ganz allgemein der Innovation.

Maßnahmen der Standortattraktivierung

In der Realität liegen die Dinge etwas anders als im idealen ökonomischen Modell, wiewohl die Grundaussagen nach wie vor gültig sind. Die Früchte der Globalisierung fallen den Ländern nicht von selbst in den Schoß. Aus der Sicht eines einzelnen Landes stellt die Globalisierung vorerst eine Chance dar, die erst auf Basis entsprechender politischer und institutioneller Voraussetzungen durch geeignete Maßnahmen der Standortattraktivierung wahrgenommen werden muss. Das erklärt auch, warum verschiedene Länder und Regionen ganz unterschiedlich von der Globalisierung profitiert haben und unter dem Strich die höchstentwickelten Länder bisher den größten Nutzen aus der Globalisierung ziehen konnten.

Disparität zwischen armen und reichen Ländern vergrößert

Laut Internationalem Währungsfonds konnte das wohlhabende Viertel der Weltbevölkerung sein Pro-Kopf-BIP im vergangenen Jahrhundert nahezu versechsfachen, das ärmste Viertel aber nur schwach verdreifachen. Dementsprechend hat sich die Disparität zwischen armen und reichen Ländern vergrößert, aber auch die ar-

men Länder konnten erhebliche Zugewinne verzeichnen, und nur in ganz wenigen Ländern ergab sich ein absoluter Rückgang des BIP pro Kopf. Betrachtet man die Periode ab 1970, fällt eine hohe Korrelation zwischen Außenhandelsintensität von Entwicklungsländern und der Zunahme ihres Pro-Kopf-Einkommens auf.

Die erwähnten zunehmenden Wohlstandsdisparitäten zwischen den Ländern sprechen nicht gegen die Globalisierung, sondern dafür, die ärmsten Länder durch vermehrte und produktivere Entwicklungshilfe in die Lage zu versetzen, die Chancen der Globalisierung besser nutzen zu können. Dabei geht es nicht nur um Geld, sondern gleichermaßen um Know-how-Transfer und technische Hilfe.

Neben verstärkter Entwicklungshilfe sind die Industriestaaten auch gefordert, die noch immer bestehenden protektionistischen Schutzmaßnahmen gegen Importe bestimmter Produkte und Dienstleistungen aus Entwicklungsländern abzubauen, etwa im Bereich der Landwirtschaft. Die Ende Juli 2004 erzielte Rahmenvereinbarung bei den WTO-Verhandlungen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Bei allem Verständnis für die Aufrechterhaltung einer bestimmten nationalen (oder europäischen) Nahrungsmittelbasis gibt es keine Rechtfertigung für die Konkurrenzierung von landwirtschaftlichen Produktionen der Entwicklungsländer durch subventionierte Exporte der Industrieländer. Rosinen picken im internationalen Freihandel ist nicht nur ökonomisch kontraproduktiv, sondern auch unmoralisch.

Ein überaus heikles Thema ist die besonders von NGOs (non-governmental organisations) geforderte verbindliche Festlegung von globalen Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards. So verständlich diese Forderungen aus humanitärer Sicht sind, so negativ können sich überzogene Regelungen auf die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Länder auswirken, deren Attraktivität für ausländische Investoren zu einem erheblichen Teil gerade in den niedrigeren Standards besteht. Daher ist behutsames Vorgehen angesagt, das auf die besonderen Umstände und Traditionen jedes Landes Rücksicht nimmt und eher auf freiwillige Selbstverpflichtung im Rahmen der Corporate Social Responsibility (CSR) setzt, als auf uniforme weltweite Vorschriften mit Zwangscharakter. Und die Letztverantwortung für Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards liegt nach wie vor bei den nationalen Regierungen. Daher ist die Förderung demokratischer Entwicklungen in Ländern der Dritten Welt so wichtig.

3. Exkurs: Die Globalisierung der Finanzmärkte

Mit besonderer Kritik von NGOs, wie etwa Attac, ist die Globalisierung der Finanzmärkte konfrontiert und die durch sie angeblich bewirkten spekulativen Finanzkrisen. In dieser Kritik mischt sich Wahres und Falsches, es ist daher eine differenzierte Betrachtungsweise ohne Emotionalität notwendig.

Grundsätzlich ist die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte ebenso wie die der Güter- und Dienstleistungsmärkte eine

***Entwicklungsländer:
hohe Korrelation
zwischen Außenhandelsintensität und
Zunahme des Pro-
Kopf-Einkommens***

***„Rosinen picken“ im
internationalen
Freihandel ist
unmoralisch***

***Ein heikles Thema:
verbindliche Festle-
gung von globalen
Arbeits-, Sozial- und
Umweltstandards***

***Kritik an Globalisie-
rung der
Finanzmärkte***

Besondere Umstände führen immer wieder zu Finanzkrisen

wirtschaftlich positive Entwicklung, die dazu beiträgt, Kapital zu den besten Wirten zu bringen und Risiken zu mindern und dadurch Wachstum und Wohlstand zu fördern. Gleichzeitig ist unbestreitbar, dass besondere Umstände immer wieder – übrigens auch in früheren Jahrhunderten, lange vor der viel gescholtenen Globalisierung – zu Finanzkrisen führen.

„Irrational exuberance“

Drei Hauptursachen lassen sich für Finanzkrisen ausmachen: überschäumend spekulatives Herdenverhalten, falsche makroökonomische Politiken und unterentwickelte nationale Banken- und Finanzsysteme. „Irrational exuberance“ tritt auf, wenn auf einem Markt längerfristig unrealistische Gewinnerwartungen zu sogenannten Finanzblasen führen. Die holländische Tulpenspekulation im 17. Jahrhundert ist dafür ebenso ein Beispiel wie die New Economy-Euphorie der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts. Gegen solche Krisen hilft wohl nur eine rechtzeitige Straffung der Geldpolitik, allerdings um den Preis einer möglicherweise erheblichen Wachstumsdämpfung.

Finanzkrisen durch inadäquate Makropolitiken

Häufiger entstehen Finanzkrisen durch inadäquate Makropolitiken, beispielsweise die Finanzkrisen von Schwellenländern in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Die Kombination von hohen Budgetdefiziten, hohen Inflationsraten und zu lange fixierten Wechselkursen stellt ein Gebräu dar, das nahezu sicher Finanzkrisen auslöst; dann nämlich, wenn nationale wie internationale Anleger ihr Vertrauen in ein Land verlieren und – durchaus rational – fluchtartig Kapital abziehen. Die Schuld dafür bei bösen Kapitalisten zu suchen, verkennt die wahren Ursachen; abgesehen davon, dass die „bösen Kapitalisten“ überwiegend sogenannte institutionelle Anleger, wie Banken, Versicherungen, Pensionsfonds und sonstige Anlagefonds sind. Jeder Bürger, der eine Bankverbindung hat, eine Lebensversicherung abgeschlossen hat, eine Pension von einem Fonds bezieht oder erwartet, Ersparnisse in einem Anlagefonds investiert hat, erwartet das oben beschriebene Verhalten „seiner“ jeweiligen Finanzinstitutionen.

Finanz- und Bankenaufsicht

Verschärft werden die Folgen solcher Krisen, wenn es in dem betreffenden Land keine adäquate Finanz- und Bankenaufsicht gibt. So haben sich Banken in der asiatischen Krise massiv in ausländischen Währungen verschuldet und die Mittel in nationaler Währung ausgeliehen und damit untragbare Wechselkursrisiken aufgebaut, die nach der letztendlich unvermeidbaren Abwertung der nationalen Währung voll schlagend wurden.

Kapitalrückzug auf Grund der Anlegerpsychologie

Eine weitere Gefahr solcher Finanzkrisen liegt u.a. in der Tatsache, dass der Kapitalrückzug auf Grund der Anlegerpsychologie auch auf andere Länder übergreift, da Schwellenländer schlechthin als gefährdet angesehen werden: auch eine Variante von Herdenverhalten.

Finanzkrisen werden sich nie ganz vermeiden lassen. Möglich ist es allerdings, die Wahrscheinlichkeit solcher Krisen zu reduzieren und die negativen Folgen einzudämmen. Dabei wurden in den letzten Jahren durchaus Erfolge erzielt.

Wichtige Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind: eine konsequente wirkungsvolle Überwachung nationaler Wirtschaftspolitiken durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie mehr öffentliche Transparenz über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der einzelnen Länder, eine flexiblere Wechselkurspolitik oder eine Currency-Board-Lösung, eine Stärkung der nationalen Finanz- und Bankenaufsicht, eine vorsichtiger Liberalisierung des Kapitalverkehrs – insbesondere im kurzfristigen Bereich – in Ländern mit unterentwickelten Finanzsystemen, rasche Finanzhilfen durch den IWF für Länder, die unverschuldet in den Sog von Finanzkrisen kommen und eine stärkere Beteiligung privater Gläubiger an den Kosten der Krisenbewältigung, um den Anreiz zu „moral hazard“ zu verringern.

Konsequente wirkungsvolle Überwachung nationaler Wirtschaftspolitiken

4. Globalisierung und das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell

Häufig muss die Globalisierung als Sündenbock für die zunehmenden Spannungen herhalten, denen sich das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell ausgesetzt sieht, und es werden Befürchtungen geäußert, dass Europa den von den USA vorgezeichneten Weg gehen wird müssen. Auch diese Argumentation enthält Wahres und Falsches.

Es wäre eine Illusion zu glauben, Europa könnte sich den Vorgaben einer globalisierten Wirtschaft entziehen und weitgehend abgeschottet seinen Wohlstand aufrechterhalten. Die größte wirtschaftliche Dynamik läuft außerhalb Europas ab, und Europa muss danach trachten, von dieser Dynamik maximal zu profitieren, und das geht nur durch die Integration in die Weltwirtschaft.

Die größte wirtschaftliche Dynamik läuft außerhalb Europas ab

Diese Integration kann nur erfolgreich sein, wenn Europa die Spielregeln der Globalisierung akzeptiert, zu denen insbesondere die Bereitschaft zu fortgesetztem Strukturwandel, die Öffnung bisher geschützter Märkte für Wettbewerb und Privatinitiative, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, funktionsfähige Kapitalmärkte für eine effiziente Unternehmensfinanzierung, schlanke öffentliche Verwaltungen, vermehrte Investitionen in Qualifikation und Innovation, sowie ganz generell verstärktes unternehmerisches Denken und Handeln zählen. So gesehen gibt es keine Alternative zum „amerikanischen Weg“.

Bereitschaft zu fortgesetztem Strukturwandel

Andererseits ist es gerade die Übernahme dieser Aspekte des US-amerikanischen Wegs, die es Europa durch eine Stärkung seiner ökonomischen Basis langfristig ermöglicht, sein spezifisches Modell der Nachhaltigkeit, das durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Dimension gekennzeichnet ist, weiter zu verfolgen.

Modell der Nachhaltigkeit

Die in nahezu allen europäischen Staaten aufgetretenen Finanzierungsprobleme der Altersversorgungs- und Krankenversicherungssysteme haben kaum etwas mit der Globalisierung zu tun. Sie sind das Ergebnis der ungünstigen demographischen Entwicklung, des rasch voranschreitenden medizintechnischen Fortschritts, allzu großzügiger Leistungszusagen der Vergangenheit

*Europa muss die
Sozialsysteme nach-
haltig reformieren*

und einer Verlangsamung des Wachstumstrends. Gerade wenn Europa sein dicht geknüpftes Sozialnetz aufrechterhalten will, muss es die Sozialsysteme und deren Finanzierung nachhaltig reformieren.

Europa wird z.B. auch den Weg des US-amerikanischen Eliteausbildungssystems gehen müssen, insbesondere bei den Universitäten, weil dort einer der Schlüssel zum Wirtschaftserfolg der USA liegt. Aber gleichzeitig sollte es sein System einer qualitativ hochwertigen Flächenversorgung im Bildungsbereich aufrechterhalten und sicherstellen, dass es keine wirtschaftlichen Barrieren beim Zugang zum Bildungsangebot gibt.

*Längerfristig ausge-
richtete Sharehol-
dervalue-Orientie-
rung*

Und als weiteres Beispiel: Europa kann sich dem Shareholdervalue-Denken nicht entziehen. Unternehmen, die keine befriedigende, d.h. den Erwartungen der Kapitaleigner entsprechende Rendite erbringen, werden zunehmend Schwierigkeiten bei der Kapitalaufbringung bekommen, und zwar sowohl bei der Kapitalmarktwie bei der Kreditfinanzierung und damit auf längere Sicht ihre Existenz in Frage stellen. Dennoch sollte die in Europa übliche, etwas längerfristig ausgerichtete Shareholdervalue-Orientierung auf dem Boden der Nachhaltigkeit beibehalten werden und nicht die hektische amerikanische, an den Quartalsbilanzen eines Unternehmens aufsetzende übernommen werden.

*Zögerliche Umset-
zung der Lissabon-
Strategie*

Europa hat also durchaus Spielraum für die Gestaltung eines eigenständigen Wirtschafts- und Sozialmodells, vorausgesetzt, es stellt sein wirtschaftliches Haus auf ein zukunftssicheres Fundament. Das ist präzise das Ziel der im Jahre 2000 gestarteten Lissabonstrategie. Im Jahre 2005 ist die Überprüfung (Mid-term Review) der bis 2010 angelegten Strategie fällig, und das Ergebnis wird kein erfreuliches sein, haben doch nationale Egoismen, etwa beim EU-Patent, und die zögerliche Umsetzung der Vorgaben auf nationaler Ebene, z.B. bei der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und der Innovationsförderung, der Wachstumsdynamik erheblichen Abbruch getan. Umso wichtiger ist ein Neustart beim Frühjahrsgipfel 2005 der EU- Staats- und Regierungschefs auf Basis des bis Ende 2004 vorliegenden Berichts einer Arbeitsgruppe unter Wim Kok. Nur auf Basis eines fortgesetzt hohen Wirtschaftswachstums können die Probleme der öffentlichen Haushalte, der hohen Arbeitslosigkeit und der Finanzierung der Sozialsysteme ohne dramatische Einschnitte gelöst werden.